

Wahlprüfsteine

des Bundesmusikverbands zur Wahl des Deutschen Bundestags 2021

Wahlprüfsteine

8 Fragen an die Politik zur Bundestagswahl 2021

Wir haben acht Fragen an die im Bundestag vertretenen Parteien - mit Ausnahme der AfD - gesendet, in denen wir kritisch nachfragen, welche Maßnahmen und Pläne in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden sollen. Die Antworten lesen Sie auf den folgenden Seiten.

1. Welchen Stellenwert nimmt die Amateurmusik im kulturpolitischen Verständnis Ihrer Partei ein?
2. Durch welche parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei wurde der gesellschaftlich bedeutsame Stellenwert der Amateurmusik sichtbar und in der zurückliegenden Legislaturperiode untermauert?
3. Im Vergleich zur Förderung im Breitensport wird die Musikförderung im Bereich der Amateurmusik oft weniger signifikant unterstützt. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie hier?
4. Treten Sie dafür ein, einen Fonds Amateurmusik – ähnlich den anderen Bundeskulturförderfonds – zu schaffen?
5. Welche konkreten Maßnahmen und Angebote plant ihre Partei, um den 14,3 Millionen Menschen, die in Deutschland in ihrer Freizeit musizieren und durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt und verunsichert wurden, den musikalischen Wiedereinstieg zu erleichtern?
6. Die Amateurmusik ist neben den schillernden Metropolregionen vor allem im ländlichen Raum verortet. Welche Anstrengungen planen Sie, um die integrative Qualität der Chöre und Orchester für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insbesondere in diesen Regionen nachhaltig zu fördern?

7. Auch in urbanen Räumen singen und musizieren viele Menschen in ihrer Freizeit gemeinsam. Gerade in den Städten wird der finanzielle Aufwand zur Anmietung von Proben- und Aufführungsorten allerdings immer höher. Welche konkreten Angebote können Sie hier machen, um die Musizierenden zu unterstützen?




8. Amateurmusik findet meist in ehrenamtlich getragenen Strukturen statt, die in vielen Fällen die gleichen administrativen Anforderungen wie Unternehmen erfüllen müssen. An welchen Stellen können Sie sich hier Entlastungen vorstellen?


Warum wir nicht mit der AfD sprechen: Der BMCO ist zwar überparteilich, aber nicht unpolitisch. Hass und Hetze gegen Menschen sind für uns nicht tragbar. Wenn führende Funktionäre einer Partei den Schutz und die Repräsentation von Minderheiten als Teil unseres demokratischen Systems ablehnen, widerspricht das den grundlegenden Werten des BMCO und einer weltoffenen, vielfältigen und vielstimmigen Musikkultur. Daher haben wir uns entschieden, die AfD nicht einzubeziehen und die Wahlprüfsteine nicht an die Partei zu übersenden.

1. Frage: Welchen Stellenwert nimmt die Amateurmusik im kulturpolitischen Verständnis Ihrer Partei ein?







Wir bewahren unsere Traditionen. Für CDU und CSU ist der Kulturföderalismus in Deutschland mit seinem historisch gewachsenen Reichtum an regionalen Identitäten eine bereichernde Kraft der Vielfalt, die es zu wahren gilt. Wir stehen für die Pflege und den Erhalt alter Bräuche, Trachten und Volkstänze sowie heimatlichen Liedguts.


	<p>Laien- und Amateurmusizieren sind als immaterielles Kulturerbe anerkannt und wirken in die Breite der Gesellschaft. Deutschland besitzt durch seine vielfältige Musikkultur einen einzigartigen Schatz an Orten und Institutionen, Musik zu hören, zu spielen und zu lernen. So musizieren rund 14 Millionen Deutsche im Hobby. Selbst kleinere Kommunen bieten über die Amateurmusik ein buntes und vielfältiges Angebot für kirchliche oder weltliche Musizierende an. Viele Gemeinden organisieren Musikveranstaltungen und laden so zu Konzerten ein. Diesen Schatz gilt es zu bewahren und zu fördern. Musik überwindet zudem Grenzen, fördert Vielfalt, Engagement und Haltung. Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollte - unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft - der Zugang zu Musik ermöglicht werden. Die SPD wird sich auch weiterhin für die Stärkung der Musik und die Förderung der Musikerinnen und Musiker einsetzen.</p>
	<p>Die Amateurmusik, die Chöre und Orchester, sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Musiklandes Deutschland. Das ehrenamtliche Engagement kommt der kulturellen Vielfalt im Land unmittelbar zugute, gerade auch in den ländlichen Gebieten. Daher setzen wir uns für die Förderung und nachhaltige Stärkung der Strukturen der Amateurmusik sowie des Ehrenamts ein, denn wir sehen sie als Bereicherung unserer Gesellschaft.</p>
	<p>DIE LINKE zollt dem Umstand Respekt, dass 14 Millionen Menschen in Deutschland in ihrer Freizeit musizieren und allein 100.000 Ensembles zumindest bis zur Coronapandemie im Frühjahr 2020 für circa 1.400 Konzerte und Aufführungen täglich – und bundesweit – die Verantwortung trugen. Dieses Engagement kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Die nötigen Eindämmungsmassnahmen schränkten dann folgend die Amateurmusik und den gesamten Kulturbetrieb stark ein. Viele – auch ehrenamtlich tätige - Künstler*innen und Kulturschaffende sind daher innerhalb</p>

	<p>weniger Wochen in eine existentielle Notlage geraten. Mit der Länge der Maßnahmen ist ein weiterer Verlust von kultureller Infrastruktur zu befürchten. DIE LINKE ist besorgt, dass am stärksten der Bereich der oft nicht-geförderten, wie frei-gemeinnützigen Einrichtungen betroffen sein wird.</p>
	<p>Einen hohen Stellenwert! Grüne Kulturpolitik hat nicht nur den professionellen Musikbetrieb im Blick, sondern auch den großen Bereich der Amateurmusik. Denn ein aktives Kulturleben, an dem alle teilnehmen können, ist die Basis von demokratischen Gesellschaften. Deshalb muss die ganze Vielfalt kultureller Aktivitäten politisch unterstützt werden. Und gerade beim gemeinsamen Musikmachen werden für das gesellschaftliche Zusammenleben so wichtige Kompetenzen wie Empathie und Teamdenken eingeübt. Musik lässt uns fühlen, wer wir sind und sein können, was wir wollen und wirklich brauchen.</p>




2. Durch welche parlamentarischen Initiativen Ihrer Partei wurde der gesellschaftlich bedeutsame Stellenwert der Amateurmusik sichtbar und in der zurückliegenden Legislaturperiode untermauert?



	<p>Laut Verfassung sind die Länder und die Kommunen für die Kultur und Bildung hoheitlich zuständig. Das heißt, dass der Bund in Bezug auf die Förderung der Arbeit der Amateurmusik an strukturelle Grenzen stößt: Der Bund kann begleitend und ergänzend fördern, nicht aber kompensieren.</p>
	<p>Die SPD hat sich vehement für Musikförderprogramme des Bundes insbesondere im ländlichen Raum eingesetzt, wie beispielweise „Landmusik“, „Musik vor Ort“ oder „Musik für alle“. Im Haushalt 2021 konnte die SPD eine Förderung des Amateurmusikverband Bundesmusikverband Chor & Orchester e.V. in Höhe von 300.000 Euro durchsetzen. Für die Zeit der Coronapandemie war es der SPD wichtig, dass auch die Amateurmusik signifikante Hilfen über das Rettungs- und Zukunftsprogramms NEUSTART KULTUR erhält. So werden insbesondere durch das Programm „IMPULS“ Hilfen in Höhe von 10 Millionen Euro für die Amateurmusik in ländlichen Räumen bereitgestellt. Die Förderung soll den Laien-Ensembles – nach Monaten des</p>

	<p>Stillstands – neue Impulse geben und als Motivationshilfe zu einem kraftvollen Neustart beitragen.</p>
	<p>Wir Freie Demokraten haben den Stellenwert der Amateurmusik innerhalb der Kultur und Gesellschaft unseres Landes immer wieder betont. Gerade in der Pandemie fehlte den Menschen im Amateurmusikbereich - wie vielen anderen auch - die kraftspendende Musik und das gemeinsame Musizieren. Darum hat sich die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag während der Pandemie zeitig für Öffnungsperspektiven - auch im Kulturbereich - eingesetzt und diese in einem Stufenplan festgeschrieben (vgl. BT-Drs. 19/26536). Ferner hat die Bundestagsfraktion die Forderung der Öffnung erneut im Antrag "Jugend im Lockdown – Zeit für eine generationengerechte Krisenpolitik" (BT-Drs. 19/28436) - speziell für Amateurmusikvereine - vertieft. Zudem befürworten wir die Programme "NEUSTART KULTUR" und damit auch "NEUSTART AMATEURMUSIK", das Förderprogramm zur Erhaltung und Wiederbelebung der Amateurmusik in Pandemiezeiten. Das neu geschaffene Kompetenznetzwerk halten wir für äußerst gewinnbringend und effizient, um den Amateurmusikbereich bei der Beratung zu Corona-spezifischen Fragen zu unterstützen. Des Weiteren hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag Kleine Anfragen zur "Förderung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung" (BT-Drs. 19/6267) sowie zum "Kinder- und Jugendplan des Bundes" (BT-Drs. 19/24913) gestellt, deren Antwort für den Amateurmusikbereich hilfreich waren.</p>
	<p>Die Fraktion DIE LINKE hat sich in jährlichen Änderungsanträgen zum Bundeshaushalt für die Erhöhung der Mittel im Musikbereich durch den Musikfond engagiert und auch zur Stärkung des Ehrenamts in mehreren Anträgen die Bedeutung für den Kulturbereich untermauert. Das betrifft auch alle Blasorchester und Bigbands,</p>



	<p>Konzertchöre und Kantoreien, Sinfonieorchester und Spielmannszüge, Vokalensembles und Jazzcombos, Kinder-, Jugend- und Seniorenchöre und -orchester, Zupf- und Akkordeonorchester, Auswahlensembles, Gospel-, Pop-, Jazz- und Posaunenchor etc.</p>
	<p>Aufgrund der Corona-Krise lag unser Hauptaugenmerk in den letzten Monaten auf den solselbständigen Kulturschaffenden, für die wir u.a. ein Existenzgeld und Mindesthonorare fordern. Wir GRÜNE haben uns aber in den Haushaltsverhandlungen regelmäßig für die Erhöhung der Mittel für die soziokulturellen Zentren als wichtige Orte der Amateurmusik eingesetzt. In unserem „Programm zur Rettung der Innenstädte“ setzen wir uns zudem für den Erhalt von Kultur- und Bildungsorten ein. Denn der Mangel an ausreichend vielen Proberäumen u.a. für Chöre und Orchester ist ein echtes Problem.</p>




3. Im Vergleich zur Förderung im Breitensport wird die Musikförderung im Bereich der Amateurmusik oft weniger signifikant unterstützt. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie hier?

	<p>CDU und CSU sind der Auffassung, dass die Musikförderung ein wichtiges Element unserer Kulturpolitik ist.</p>
	<p>Insbesondere kleinere Musikfestivals in ländlichen Regionen benötigen mehr Planungsperspektive. Denn auch sie zeichnen sich aus durch eine hohe künstlerische Qualität und sie gelten vor allem in den Sommermonaten als kulturelle Anziehungspunkte im ländlichen Raum. Den „Stars“ von morgen bieten sich hier die ersten Bühnen. Für viele Kinder und Jugendliche sind sie die ersten Zugänge zur Kultur. Mit einem Fonds für kleinere Musikfestivals kann eine musikkulturelle Infrastruktur gestärkt werden, die auch über bürgerschaftliches Engagement in Musikvereinen getragen wird.</p>
	<p>Die Amateurmusik ist ein wertvoller Teil des Kulturangebots in Deutschland und sollte anderen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens gleichgestellt sein. Als Freie Demokraten wollen wir deshalb gezielte Maßnahmen ergreifen, um beispielsweise</p>

	<p>eine bessere Förderstruktur zu erreichen. Konkret wollen wir zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren. Das kulturelle (Vermittlungs-)Angebot soll Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft offenstehen. Erst kulturelle Bildung öffnet den Zugang zur Kultur für alle.</p>
	<p>Von einer Abwägung gegenüber anderen freiwilligen Freizeitaktivitäten der Bürger würde sich DIE LINKE distanzieren. Das „Staatsziel Kultur & Sport“ muss im Grundgesetz verankert werden. Aufgabe des Staates ist es, das kulturelle Leben zu fördern und das kulturelle Erbe zu pflegen. Das schließt unter anderem auch Amateurensembles, Amateurorchester und – Chöre etc. mit ein. Weitergehend muss Kultur eine pflichtige Aufgabe der Kommunen werden und auch zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Länder und Kommunen können nicht den Großteil der aktuellen Hilfsmaßnahmen und Fördermittel wie bspw. NEUSTART KULTUR allein tragen.</p>
	<p>Amateurmusik ist wie Breitensport wichtig für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb wollen wir GRÜNE prüfen, ob die Amateurmusik ausreichend gefördert wird, auch wenn die Kompetenzen des Bundes hier aufgrund der Kulturhoheit der Länder sehr begrenzt sind.</p>

4. Treten Sie dafür ein, einen Fonds Amateurmusik – ähnlich den anderen Bundeskulturförderfonds – zu schaffen?

 The logo of the Christian Democratic Union (CDU) of Germany, featuring a stylized German flag and the letters 'CDU' in red.	CDU und CSU prüfen die Schaffung eines Fonds zur weiteren Unterstützung der Amateurmusik.
 The logo of the Social Democratic Party (SPD) of Germany, consisting of a red square with the white letters 'SPD'.	Ja, die SPD unterstützt die Schaffung eines Fonds Amateurmusik entsprechend den bereits bestehenden sechs Bundeskulturförderfonds. Auch die Amateurmusik ist einem steten Wandel unterworfen. Ein Fonds Amateurmusik kann neue Ideen über Projekte, Konzepte, Workshops oder Studien sinnvoll begleiten. Die Ansiedelung des Amateurmusikfonds beim Bundesmusikverband Chor & Orchester (BMCO) als dem Dachverband der Amateurmusikverbände Deutschlands bietet sich geradezu an. Über seine Mitgliedsverbände in den Ländern und Kommunen können die Bedarfe sehr gut erfasst und aufgegriffen werden.



	<p>Wir sehen den positiven Effekt, den Förderprogramme wie "MusikVorOrt" erreichen. Amateurmusik und deren Förderung leistet einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und Teilhabe vor allem auch im ländlichen Raum. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in die kulturelle Entwicklung und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit. Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht.</p>
	<p>Dazu sollte es ein abgestimmtes Vorgehen zwischen dem Deutschen Musikrat, dem Deutschen Kulturrat, der Bundesvereinigung Kultureller Jugendbildung und möglichst den Kulturpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Oppositionsfraktionen im 20. Deutschen Bundestag geben. In diesem Zusammenhang wäre auch der Stellenwert und die größere Unterstützung für die landesweite musikalische Kinder- und Jugendbildung zu diskutieren.</p>
	<p>Wir GRÜNE werden prüfen, ob für Amateurmusik ähnliche Förderstrukturen wie für den Breitensport geschaffen werden können. Wichtig wäre es aus unserer Sicht, bei der Förderung der soziokulturellen Zentren darauf zu achten, dass ausreichend Proberäume für Amateurmusiker*innen bereitgestellt werden. Das Förderprogramm IMPULS für Amateurmusik im ländlichen Raum wollen wir verstetigen und ausbauen.</p>

5. Welche konkreten Maßnahmen und Angebote plant ihre Partei, um den 14,3 Millionen Menschen, die in Deutschland in ihrer Freizeit musizieren und durch die Corona-Pandemie stark beeinträchtigt und verunsichert wurden, den musikalischen Wiedereinstieg zu erleichtern?



CDU und CSU haben im Rahmen des rund eine Milliarde Euro umfassenden Rettungs- und Zukunftsprogramms „Neustart Kultur“ auch die Musikvereine vor Ort unterstützt. Dabei wurden die neuen Förderinitiativen des Bundes und der Länder so abgestimmt, dass die Programme einander ergänzen. So konnten bei akuten Engpässen in der Vereinskasse Kurzarbeitergeld für Vereinsangestellte sowie Liquiditätshilfen und Steuerstundungen von den Vereinsverantwortlichen beantragt werden. Auch boten die Kommunen den Erlass von Stornogebühren für abgesagte Veranstaltungen in Stadthallen oder für Mieten für gemeindeeigene Probenräume an, die genutzt werden konnten.

Konkret haben CDU und CSU im Rahmen der Haushaltsberatungen 2021 beschlossen, dass die Laufzeiten der einzelnen Förderlinien des Rettungs- und Zukunftsprogramms NEUSTART KULTUR bis Ende 2022 verlängert werden können und stehen für deren administrative Abwicklung, soweit erforderlich, sogar noch im Jahr 2023 zur

	<p>Verfügung. Es ist unser erklärtes Ziel, dass wir den Kreativen mit den NEUSTART-Hilfen bis zum Ende der wegen der Pandemie erfolgten beruflichen Einschränkungen, wirksam zur Seite stehen.</p>
	<p>Kultur leistet einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Kulturräume sind zentrale Erlebnis- und Bildungsorte für alle Alters- und alle Bevölkerungsgruppen. In absehbarer Zukunft werden uns auch hier Hygienekonzepte und Abstandsregelungen stete Begleitung sein. Für Kultureinrichtungen ist aber Planungssicherheit mit Blick auf das Offenhalten ein ebenso wichtiger Aspekt. Die SPD unterstützt die Idee, dass beispielsweise über eine bundesweite Werbekampagne auf die Wiedereröffnung von Kultureinrichtungen aufmerksam gemacht wird. Allen Menschen muss vermittelt werden, dass sie sich wieder auf kulturelle Erlebnisse im Großen wie im Kleinen freuen können.</p>
	<p>Wie bereits in der Antwort auf die zweite Frage geschildert, hat die Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag einen Antrag mit dem Titel "Jugend im Lockdown – Zeit für eine generationengerechte Krisenpolitik" (BT-Drs. 19/28436) eingebracht. Darin schildern wir unsere Bedenken und zeigen Möglichkeiten auf, um auch der Amateurmusik einen Neustart aus der Pandemie zu ermöglichen. Weiterhin wollen wir Freie Demokraten den Schutz der Amateurmusik und Zugänglichkeit zu ihr fördern und gewährleisten. Auch wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen mit außerschulischen Vereinen, Verbänden und Institutionen gezielt fördern und unterstützen. Davon werden auch künstlerisch-musische Akteure und beispielsweise auch lokale Musikschulen, Chorverbände oder auch Musikbands profitieren.</p>

DIE LINKE.

DIE LINKE fordert die Bereitstellung von weiteren Geldern zum Erhalt von kultureller Infrastruktur im städtischen und ländlichen Raum. Gerade außerhalb von urbanen Zentren muss gewährleistet sein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und ausgebaut werden kann. Dazu gehört neben der infrastrukturellen Unterstützung bereits vorhandener Einrichtungen und Initiativen sowie kultureller Dach- und Spartenverbände eine nachhaltige Schaffung guter Rahmenbedingungen für künstlerische Prozesse und die Amateurmusik. Künstler*innen und Kulturrezipient*innen dürfen nicht länger ausschließlich in urbane Räume verdrängt werden. Kunst und Kultur, sowie breiten- und soziokulturelle Teilhabe sind Ankerpunkte für die Attraktivität des ländlichen Raumes. Diesen gilt es durch das Ermöglichen von gleichwertigen Lebensverhältnissen zu stärken. Dabei spielen Kunst und Kultur eine essenzielle Rolle.





Wir GRÜNE denken da vor allem an Kinder und Jugendliche, die gerne wieder musizieren wollen. Musikschulen können gerade in Zeiten der Pandemie einen wichtigen Beitrag leisten, damit Kinder und Jugendliche gut durch die Krise kommen. Mit einem Bildungsschutzschirm für Kinder und Jugendliche wollen wir als grüne Bundestagsfraktion deshalb dafür sorgen, dass alle jungen Menschen sicher und stark durch die Krise kommen. Mit dem Bildungsschutzschirm möchten wir Musikschulen und Musiker*innen dabei unterstützen, ihre für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtige pädagogische Arbeit trotz und während der pandemiebedingten Einschränkungen sicher fortführen zu können.



6. Die Amateurmusik ist neben den schillernden Metropolregionen vor allem im ländlichen Raum verortet. Welche Anstrengungen planen Sie, um die integrative Qualität der Chöre und Orchester für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insbesondere in diesen Regionen nachhaltig zu fördern?



Gemeinsame Antwort auf die Fragen 6 und 7:

CDU und CSU werden sich sowohl in den ländlichen als auch in den Städten weiterhin auf der landes- und kommunalen Ebene bemühen, beispielsweise kostenfreie Proberäumen in den Bezirken zur Verfügung zu stellen und entsprechende Auftrittsmöglichkeiten in Konzertsälen zu ermöglichen. Hierzu gehört für uns auch die weitere Förderung der Landesmusikakademien für Fortbildungsmaßnahmen für Amateurmusiker. Dabei geht es uns insbesondere darum, Kinder- und Jugend-Ensembles zu unterstützen.

	<p>Der Schutz und die Förderung von Musik in ländlichen Regionen stellen eine wichtige Form der kommunalen Partizipation dar. Sie dient keiner luxurorientierten Freizeitgestaltung, sondern ist Grundlage einer erfolgreichen Gesellschaftspolitik.</p> <p>Viele Gemeinden organisieren Musikveranstaltungen und laden zu Konzertgastspielen ein. Mobilitätseingeschränkte Menschen kommen so in den Genuss von Musik und all diejenigen, die auf örtliche Kulturangebote angewiesen sind. Ebenso findet sich eine Vielzahl von bedeutsamen Musikschulen im ländlichen Raum. Sie tragen zur individuellen Persönlichkeitsentfaltung von Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen wie auch für das Selbstverständnis und die Teilhabe an unserer Gesellschaft bei.</p> <p>Chöre, Orchester, Musikschulen, Opernhäuser und viele andere Institutionen zeichnen das Musikland Deutschland im ländlichen Raum aus. Diese Kulturorte bleiben wichtige Akteure für das gesellschaftliche Miteinander. Die SPD wird sich daher auch weiterhin für eine vielfältige Musiklandschaft in den Regionen einsetzen. Wir möchten diese Kulturräume insbesondere mit dem Programm „Kultur in den Regionen“ und dem Förderprogramm „Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland“ auf ganz Deutschland nachhaltig weiter stärken.</p>
	<p>Wir unterstützen Programme wie beispielsweise "MusikVorOrt", da wir den Stellenwert der Amateurmusik gerade auch für den ländlichen Raum sehen. Generell wollen wir die Kulturförderung stärken und damit einen Beitrag zur Stärkung der kulturellen Bildung und Teilhabe leisten. Gleichzeitig ist an dieser Stelle aber auch die Landes-</p>




	<p>und Kommunalpolitik gefragt, um beispielsweise Räume zu öffnen, die es ermöglichen, gezielt Amateurmusik zu unterstützen und Proben und das Zusammenkommen für die Musik zu ermöglichen.</p>
	<p>Gerade außerhalb von urbanen Zentren muss gewährleistet sein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und ausgebaut werden kann. Um die integrative Bedeutung der Chöre und Orchester für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insbesondere in ländlichen Regionen nachhaltig zu fördern wollen wir 1) das Bundesprogramm "Kultur macht stark" mit erhöhten Mitteln fortführen und verstetigen sowie hierfür die Mittel um 10 Millionen jährlich Euro erhöhen. Die Etablierung von Angeboten im ländlichen Raum soll zudem stärker fokussiert werden; 2) wollen wir die Anerkennung von freiwilligem Engagement verbessern, indem wir zusammen mit den Ländern und Kommunen einen bundesweit einheitlichen Freiwilligenpass schaffen, der Vergünstigungen und kostenlose Nutzung von Freizeit-, Kultur-, und Bildungseinrichtungen ermöglicht.</p>
	<p>Wie in der Antwort auf Frage 4 bereits angesprochen unterstützen wir GRÜNE das Bundesförderprogramm IMPULS und wollen es verstetigen und ausbauen.</p>

7. Auch in urbanen Räumen singen und musizieren viele Menschen in ihrer Freizeit gemeinsam. Gerade in den Städten wird der finanzielle Aufwand zur Anmietung von Proben- und Aufführungsorten allerdings immer höher. Welche konkreten Angebote können Sie hier machen, um die Musizierenden zu unterstützen?



Gemeinsame Antwort auf die Fragen 6 und 7:

CDU und CSU werden sich sowohl in den ländlichen als auch in den Städten weiterhin auf der landes- und kommunalen Ebene bemühen, beispielsweise kostenfreie Proberäumen in den Bezirken zur Verfügung zu stellen und entsprechende Auftrittsmöglichkeiten in Konzertsälen zu ermöglichen. Hierzu gehört für uns auch die weitere Förderung der Landesmusikakademien für Fortbildungsmaßnahmen für Amateurmusiker. Dabei geht es uns insbesondere darum, Kinder- und Jugend-Ensembles zu unterstützen.

	<p>Die Bereitstellung und langfristige Sicherung von Ateliers, Studios und Proberäumen für Künstlerinnen und Künstler sind in den zentralen innerstädtischen Bereichen – beispielsweise von Berlin, Köln, Hamburg oder München – akute Probleme. Den städtischen Verwaltungen ist dieses Problem auch bekannt. Länder und Kommunen sind hier vor allem gefordert, da sie die Lage und die Bedarfe vor Ort besser kennen. Der Bund kann aber etwa bei einer Förderung von Gebäuden seine Zusagen davon abhängig machen, ob im Nutzungskonzept auch Probe- und Aufführungsorte mitgeplant sind. In Berlin fördert der Bund gemeinsam mit dem Land Berlin etwa die „Alte Münze“ als Kultur- und Kreativstandort, in deren Nutzungsprofil Proberäume auf über 600 qm vorgesehen sind.</p>
	<p>Diese Frage zielt auf den Bereich der kommunalen Politik. Hier kann die Bundespolitik nur unterstützend eingreifen. Die Entscheidungen über den urbanen Raum beziehungsweise den städtischen, kommunalen Raum und deren Verwendung trifft jedoch jede Kommune selbst. Hier gilt es, in den Kommunen Möglichkeiten zu eröffnen, beispielsweise durch schnelle und unbürokratische Bereitstellung von Räumlichkeiten.</p>
	<p>Kulturräume stehen in den Großstädten unter dem Druck von steigenden Mieten und starker Nutzungskonkurrenzen. Daher geht ein relevanter Anteil von Fördergeldern in Mietkosten. Neben dem Bestandsschutz müssen neue Räume zu kulturkompatiblen Mietkonditionen akquiriert und vor allem mehr Räume in staatliches und gesellschaftliches Eigentum überführt werden, um unabhängiger von privaten Eigentümern und Investoren zu werden. Nötig ist ferner ein Gewerbemietrecht mit regulierten Mieten, so etwa durch das Instrument einer Gewerbemietpreisbremse, und Kündigungsschutz.</p>





Der Mangel an Räumen ist ein großes Problem für Amateurmusiker*innen. Neben der Erhöhung der Mittel für soziokulturelle Zentren setzen wir uns generell für den Erhalt kultureller Räume ein. Die Kulturförderpolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss so modernisiert werden, dass kreative Projekte und Tätigkeiten ausreichend unterstützt werden. Wir GRÜNE fordern einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss. Von einem solchen Fonds würde auch die Amateurmusik profitieren.



8. Amateurmusik findet meist in ehrenamtlich getragenen Strukturen statt, die in vielen Fällen die gleichen administrativen Anforderungen wie Unternehmen erfüllen müssen. An welchen Stellen können Sie sich hier Entlastungen vorstellen?



CDU und CSU wollen auch weiterhin, dass das Ehrenamt per Definition freiwillig und unentgeltlich geleistete Arbeit bleibt, für die kein Einkommen erzielt wird und von Maßnahmen der Arbeits- und Beschäftigungsförderung getrennt betrachtet wird. Wie keine andere Partei haben CDU und CSU das Ehrenamt in unserem Land gefördert. Zur weiteren Stärkung von Vereinen und ehrenamtlicher Arbeit haben wir uns 2021 auf weitere Steuervergünstigungen in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro verständigt: Konkret wurde die steuerfreie Übungsleiterpauschale von jährlich 2.400 auf 3.000 Euro erhöht, bei der Ehrenamtspauschale können künftig 840 statt bisher 720 Euro gezahlt werden, die Umsatzgrenze für gemeinnützige Vereine wurde um 10.000 Euro auf 45.000 Euro angehoben.

Der Bundesfreiwilligendienst soll attraktiver werden – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl und die Verbesserung der Qualität der Angebote – und einen Rechtsanspruch einführen.

	<p>Wir wollen ehrenamtliches Engagement durch Bürokratieabbau und Verfahrensvereinfachungen erleichtern. Mit dem Jahressteuergesetz 2020 haben wir den Übungsleiterfreibetrag und den Ehrenamtsfreibetrag erhöht und damit Ehrenamtliche von Nachweispflichten entlastet. Die steuerliche Freigrenze für wirtschaftliche Tätigkeiten gemeinnütziger Organisationen wurde auf 45.000 Euro angehoben. Wir werden vor allem die Digitalisierung nutzen, um die Anforderungen des Gemeinnützigkeitsrechts bürokratieärmer umzusetzen. Spendenbescheinigungen sollen künftig aus dem Einzahlungsvorgang möglichst ohne Zutun von Spender*innen und Zuwendungsempfänger*innen erstellt werden. Als technische Voraussetzung für solche digitalen Spendenbescheinigungen haben wir die Einrichtung eines zentralen, online einsehbaren Zuwendungsempfängerregister beschlossen. Weitere Vereinfachungen für die gemeinnützigen Vereine wollen wir beim Nachweis der Mittelverwendung und der Bescheinigung von Aufwandsspenden schaffen.</p>
	<p>Das Ehrenamt ist eine wichtige Stütze innerhalb unserer Gesellschaft. Die Kommunen in Deutschland brauchen mehr Freiräume - für Zukunftschancen, Vielfalt und Zusammenhalt. Wir Freie Demokraten wollen die Lebensqualität in städtischen und ländlichen Räumen verbessern. Ehrenamt, Sport und Kultur wollen wir durch gute Rahmenbedingungen unterstützen. Eine Stärkung des Ehrenamts bedeutet immer zugleich auch eine Förderung und Wertschätzung derjenigen, die sich ehrenamtlich engagieren. Wir Freie Demokraten wollen daher das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen – etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung. Ehrenamt ist mehr als nur Freizeit. Das freiwillige Engagement tausender Bürgerinnen und Bürger ermöglicht Millionen von Menschen freie Entfaltung, Selbstwirksam-</p>

	<p>keit und vor allem Kindern und Jugendlichen wertvolle Lernprozesse. Es bringt Menschen unabhängig ihres sozialen und kulturellen Hintergrundes zusammen, stiftet Gemeinschaft und fördert Toleranz.</p>
	<p>Um die Nahversorgung und Bewegungsorte zu stärken, gilt es, die vielen Engagierten vor Ort und damit das soziale und kulturelle Leben in ländlichen Gemeinden unbürokratisch zu fördern und durch die Bereitstellung von Räumen und technischen Einrichtungen sowie den Abbau überflüssiger Regularien und Förderrichtlinien zu unterstützen. Schließlich muss der soziale Zusammenhalt als ein Teil der Förderpolitik für den Ländlichen Raum anerkannt werden.</p>
	<p>In der Tat können an Engagement und Ehrenamt nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden, wie an professionalisierte Strukturen in großen Unternehmen. Ebenso verfügen gerade viele kleine Vereine etc. nicht über die hauptamtlichen Strukturen hierfür. Wir GRÜNE fordern daher in der kommenden Wahlperiode ein breit aufgestelltes Entbürokratisierungsgesetz für das Ehrenamt, das sich damit beschäftigen soll, wie etwa bei der Umsetzung von Datenschutzvorgaben, der Abgabenordnung oder EU-Geldwäscheverordnung, im Zuwendungsrecht, im Bereich von Haftungs- und Versicherungsfragen oder der Anrechnung von Ehrenamtsvergütungen auf Sozial- bzw. SGB-Leistungen Erleichterungen erreicht werden können. Darüber hinaus wollen wir verhindern, dass durch künftige Gesetzesvorhaben (neue) bürokratische Hemmnisse für Ehrenamtliche und Engagierte und ihre Organisationen aufgebaut werden.</p>

Kontakt

Für weitere Informationen steht Ihnen unser Geschäftsführer Dr. Stefan Donath selbstverständlich und gerne zur Verfügung:

Dr. Stefan Donath | Geschäftsführung

Telefon: +49 (0) 30 – 60 98 07 81 – 46

E-Mail: donath@bundemusikverband.de